

Auswirkungen bei einem nicht beschlossenen oder nicht genehmigten Haushalt 2016

Pressegespräch am 11.11.2015

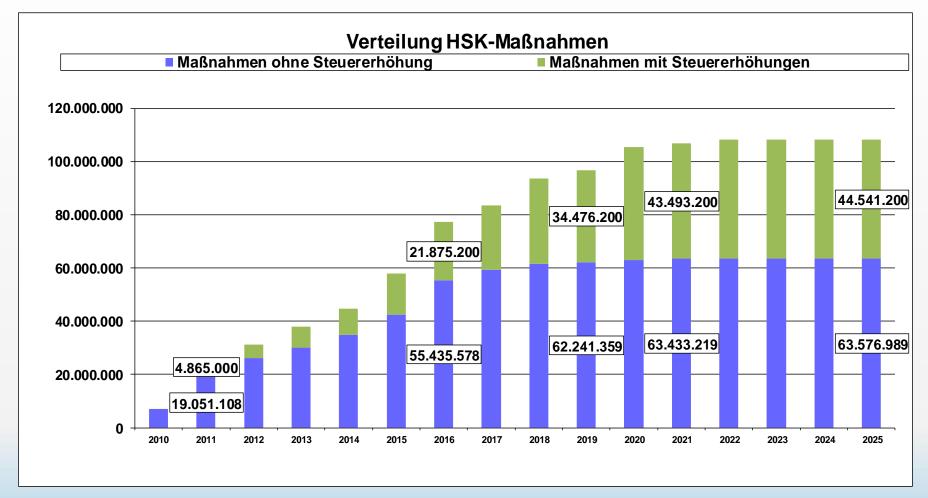


HPL-Aufstellung 2016 ff. HSK-Maßnahmen



HSK 2010/2011 bis HSK 2016 (insgesamt 257 Einzelmaßnahmen inkl. Konnex Asyl)

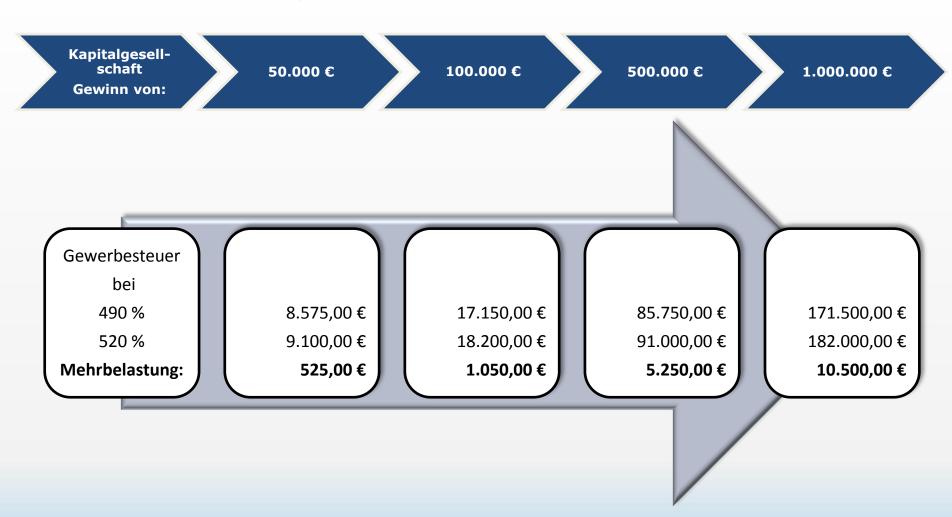
Strukturelles Einsparvolumen (2025): 108,12 Mio. €







Beispielberechnung (ab 2016: von 490 % auf 520 %)



Hebesätze Gewerbesteuer in anderen Kommunen



2015

Oberhausen 550 %
 Marl 530 %
 Hagen 520 %
 Duisburg 510 %
 Mülheim 490 %
 Essen 480 %

Planung für 2016 ff.

Oberhausen 550 %
 Marl 530 %
 Hagen 520 %
 Mülheim 520%
 Duisburg 510 %
 Essen 480 %

- Oberhausen und Marl haben weiterhin h\u00f6here Gewerbesteuerhebes\u00e4tze
- Nicht auszuschließen, dass auch in anderen Kommunen Hebesatzerhöhungen folgen
- Wir sind nicht mit Monheim oder Ratingen vergleichbar, sondern mit Oberhausen (550%) und Duisburg (520%).

CDU: Mehreinnahmen von 8 Mio. € in 2015 → Unternehmer haben Beitrag erbracht und brauchen Atempause



- Haushaltsgenehmigung der letzten Jahre vertraute auf Umsetzung der HSK-Maßnahmen; Hebesatzveränderungen ein wesentlicher Baustein (Begleitbeschluss zur HH-Sicherung v. 19.12.2012)
- Mehreinnahme in 2015 können nicht mit Anhebung Hebesatz verrechnet werden; Mindereinnahmen der Vorjahre wurden auch nicht nachträglich in Rechnung gestellt
- Wenn ein Unternehmen 1% des Gewinns mehr an Gewerbesteuer zahlen muss, dann benötigt es keine Atempause.
 Wenn 4,6 Mio. € Einsparungen aus den freiwilligen Bereichen, wie z. B. Sport und Kultur, erbracht werden müssen, dann droht Atemstillstand und die Intensivstation!

Mut



"Es ist nicht genug zu wissen – man muss auch anwenden. Es ist nicht genug zu wollen – man muss auch tun."

Johann Wolfgang von Goethe

z.B. DU und OB haben getan!

Maßnahmen der Aufsicht im Rahmen des § 82 GO NRW - vorläufige Haushaltsführung



- Nur rechtlich verpflichtende oder für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbare Maßnahmen sind erlaubt
 - 2 Keine externen Einstellungen jeweils Einzelfallprüfung durch die Aufsicht diese prüft immer den Pflichtigkeitsgrad
- Keine Teilnahme an Fördermaßnahmen der Eigenanteil wird nur bei pflichtigen Maßnahmen durch die Aufsicht freigegeben vorab Prüfung durch die Aufsicht
 - Kein Kreditrahmen für Investitionen Beginn neuer Maßnahmen grds. nicht möglich; evtl. Einzelgenehmigung Pflichtinvestitionen
 - Erfolgt kein Haushaltsbeschluss, wird die Aufsicht nach den §§ 119-124 GO NRW verfahren
 - D. h. Weisungen an den OB zur Erreichung eines Haushaltsbeschlusses
 - Letztlich Ersatzvornahme und zur Not auch die Bestellung eines Beauftragten (§§ 123-124 GO NRW)

6



- Dynamisierung der Zuschüsse an Vereine und Verbände nicht möglich
- KfW Förderkredite nicht möglich
- Investitionskredite für MVG und Mülheimer Seniorendienste über den HH nur als Einzelgenehmigung durch Bezirksregierung möglich
- Zinskonditionen können sich verschlechtern



- z.B. Amt für Kinder, Jugend und Schule

Maßnahme

 Reduzierung des Eigenanteils im Bereich der Offenen Ganztagsschule auf den gesetzlichen Pflichtanteil

Zuschüsse Ferienfreizeiten

- Die bestehenden Rahmenvereinbarungen mit den freien Trägern der OGS haben eine Laufzeit bis zum Ende des Schuljahres 2015/2016. Ab diesem Zeitpunkt könnte nur noch der pflichtige Eigenanteil gezahlt werden. Es besteht die Gefahr, dass Träger abspringen. Auch bei der Finanzierung der städtischen OGS-Gruppen könnte voraussichtlich nur noch der Pflichtanteil eingesetzt werden. Dies hätte Qualitätseinbußen zur Folge.
- Keine Unterstützung einkommenschwacher Familien.



- z.B. Amt für Kinder, Jugend und Schule

Maßnahme

 Ersatz- und Neubeschaffung von Einrichtungs- und Ausstattungsgegenständen an Mülheimer Schulen, Kitas und Jugendzentren

 Neue Investitionsmaßnahmen im Schuletat

- Es sind lediglich Ersatzbeschaffung aufgrund von defekten und nicht mehr reparablen Einrichtungs- und Ausstattungsgegenständen möglich. Ersatzbeschaffung aufgrund von veralteten Gegenständen bzw. Geräten (insbesondere im Bereich der neuen Medien) sowie von Neubeschaffungen sind nicht mehr durchführbar. Ggfls. Einschränkungen des Schul- und Kita-Betriebs.
- Für 2016 geplante Maßnahmen (z.B. Neueinrichtung von Fachräumen) können nicht begonnen werden.



- z.B. Mülheimer Sportservice

Maßnahme

- Sanierung der Anlaufbahnen Sportplatz Mintarder Straße
- Ersatzbeschaffungen Sportgeräte
- Durch- bzw. Weiterführung der Projekte im Rahmen der Sportentwicklungsplanung

- Eingeschränkte Nutzbarkeit für Schulen und Vereine, Unfallgefahr, Sperrung der Anlage möglich.
- Ersatzbeschaffungen nur eingeschränkt möglich, Einschränkungen des Schulsportbetriebes möglich.
- Auswirkungen auf die Umsetzung des Sportentwicklungsplanes und die gesetzten Ziele.



- z.B. Mülheimer Sportservice

Maßnahme

- Beschaffung von Sportgeräten in Rahmen der laufenden Sportentwicklungsplanung
- Neubau 3fach Sporthalle Sportschule NRW

Auswirkungen

- Auswirkungen auf die Umsetzung des Sportentwicklungsplanes und die gesetzten Ziele.
- Falls politischer Beschluss erfolgt: Förderungsmöglichkeit wäre zu prüfen; Maßnahmebeginn vorerst nicht möglich.

Gefahr:

Entwickelter Deckungsvorschlag kann alternativ für evtl. entfallene HSK Maßnahmen genutzt werden!

Neue investive <u>Straßenbaumaßnahmen</u>, die zur Disposition stehen



BV 1 – Essener Straße, Paul-Kosmalla-Straße

BV 2 – Oberheidstraße, Kaiser-Wilhelm-Straße, Nordstraße

BV 3 – Alte Straße, Saarner Straße, Brandenberg



Barrierefreier Umbau von Bushaltestellen

Erneuerung Lembkestraße

Brücke Spiralweg

Spielplatzneubau Von-Carnell-Weg

Neugestaltung Bolzplatz Dennekamp

12 07.12.2015

Neue investive <u>Hochbaumaßnahmen</u>, die zur Disposition stehen





Sanierung Sporthalle Boverstraße

Sanierung Turnhalle Prinzess-Luise-Straße

Sportplatz Winkhauser Weg

Umbau Trauerhalle Dümpten II

Text

13 07.12.2015

Umsetzung des KInFöG NRW



Haushaltsberatungen Die Politik bekommt **Gestaltungsspielraum** im Hinblick auf dringend notwendige Baumaßnahmen. Im Rahmen der Haushaltsberatungen können die "**freien Mitter**" dann mit **konkreten Maßnahmen** "belegt" werden

> Förderbetrag rd, 8,2 Mio. €

z.B.
Ersatzbaumaßnabme
für die abgängigen
Schulpavillons der
Realschule Broich

z.B. Ersatz-Neubau des Friedrich-Wennmann-Bades in Heißen z.B. Sanierung der VHS

Fazit



- Kommunale Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit bleibt erhalten, wenn konsequente HSK-Umsetzung erfolgt
- Ansonsten: Starke Einschränkungen/Fremdverwaltung statt Selbstverwaltung
- Aber: Man löst keine Probleme, indem man sie aufs Eis legt.
 (Winston Churchill, britischer Staatsmann)

